



ECKPUNKTEPAPIER

Klimagerechte Energiewende und nachhaltige Landwirtschaft bestärken: Prioritäten setzen und neu denken!

Wir befinden uns im Krisenmodus - steigende Energiekosten belasten das Sozial- und Wirtschaftssystem, klimapolitische Ziele unterliegen einem neuen Kontext und die planetaren Grenzen sind erschöpft. Kurzfristiges Handeln ist notwendig, darf aber Nachhaltigkeitszielen nicht widersprechen! Zielkonflikte werden deutlicher denn je. Doch was bedeuten die aktuellen gesellschaftlichen Fragestellungen für die Transformation?

Mit dem Fokus auf **Agrar- und Ernährungssysteme** sowie **Klimaschutz und Energiewende** als Transformationsbereiche der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat RENN.west in ihren verschiedensten Dialogformaten im letzten Jahr diskutiert: Wie können Zielkonflikte und Wechselwirkungen in Einklang gebracht werden? Welche mutigen Lösungsansätze können dem Dringlichkeitsproblem begegnen? Wie gelingt eine grundlegende Transformation innerhalb bestehender Systeme?

Die RENN.west ARENA hat die Ergebnisse am 10.11.2022 im Frankfurter Ökohaus gemeinsam mit rund 60 Expert*innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in den Fokus gestellt. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die vier zentralen Herausforderungen in diesem Zusammenhang, zu denen die nachfolgend erläuterten konkreten Handlungsbedarfe identifiziert wurden: **Fachkräftebedarfe, Flächenkonkurrenzen, Gemeinschaftsbasiertes Wirtschaften und Ressourcenschonung**. Insgesamt haben die Diskussionen verdeutlicht, dass ein verstärktes integratives und kooperatives Denken und Handeln notwendig sind, das Potentiale in den Vordergrund stellt – nicht die Konflikte. Denn neue Allianzen und kreative Kooperationen zwischen Akteur*innen zu fördern, schaffen ermutigende Perspektiven.

Vision und Wirklichkeit: Spannungsfeld zwischen Transformation und **Fachkräftebedarfe** in der Ernährungs-, Agrar- und Energiewende

Handwerkskammern schlagen Alarm: „Tausende offene Stellen im Handwerk“. Die IG Metall warnt: „Fehlende Fachkräfte in der Produktion zur Umsetzung der Energiewende“ und Landwirtschaftspraktiker stellen fest: „Der Wunsch nach regionalisierter Lebensmittelproduktion wächst“. Das sind Schlagzeilen aus der aktuellen Presse. Um die Herausforderungen der Energie- und Ernährungswende zu bewältigen, wird eine Vielzahl von Fachkräften aus der Bau-, Energie und Ernährungsbranche benötigt. Doch Deutschen Handwerks-, Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben fehlt es an Nachwuchs. Wer soll die effizienteren Heizsysteme einbauen und wer produziert die benötigten Teile für neue Photovoltaik- oder Windkraftanlagen? Wie können die für die Regionalisierung der Lebensmittelverarbeitung und -Produktion benötigten Fachkräfteengpässe geschlossen werden? Diese Fragen und Herausforderungen wurden im bRENNpunkt aufgegriffen, um gemeinsame Strategien zu finden und Handlungsbedarfe zu formulieren.

Folgende Handlungsbedarfe wurden identifiziert:

1. **Um langfristig Nachwuchs in den relevanten Berufen zu sichern, muss (schulische) berufliche Orientierung einen Fokus auf „Grüne Arbeitswelt“ legen und bildungsbiographisch frühzeitig etabliert werden:** Insbesondere Kultusministerien der Länder sowie bundes- und landesweite Berufsorientierungsprogramme sind hier gefordert, einen stärkeren Fokus auf Grüne Arbeitswelt zu richten.
2. **Das gesellschaftliche Image von Handwerks- und Agrarberufen muss medial, kulturell und gesamtgesellschaftlich verbessert und Klischees müssen entsprechend abgebaut werden:** Gesamtgesellschaftlich sind Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Medieninstitutionen, insbesondere auch Journalist*innen und Serien/Filmemacher*innen gefragt, das Image von für die Transformation relevanten Berufsbildern durch ihre Kommunikation und Berichterstattung aufzuwerten. So kann z.B. das Image von Energiewende relevanten Handwerksberufen verbessert werden, indem Berufsalltag und Berufsbild in Filmen, Serien und Printmedien mit seinen neuen modernen Facetten dargestellt und dadurch attraktiv gemacht wird.
3. **Qualifikations-/Ausbildungsordnungen müssen an aktuelle Entwicklungen angepasst und qualitativ hochwertig gestaltet werden, ohne Anforderungen weiter hochzuschrauben:** Sozialpartner*innen sind gefragt, Ausbildungsordnungen mit der Zeit gehen zulassen und dort aktuelle Entwicklungen und Innovationen nachhaltiger Entwicklung abzubilden. Wichtig ist hier, einerseits die Innovationskraft zu nutzen, andererseits aber auch eine weitere Akademisierung von Ausbildungen auszuschließen.
4. **Die Arbeitsbedingungen der betroffenen Branchen müssen verbessert werden:** Insbesondere Unternehmen sind unterstützt durch Sozialpartner*innen gefordert, Arbeitsbedingungen der von hohen Fachkräftebedarfen betroffenen Branchen zu verbessern, um die Attraktivität der Arbeitsplätze zu steigern. Vor allem Digitalisierung kann als Chance begriffen und genutzt werden, um die Arbeitsplatzattraktivität zu steigern oder auch körperlich anstrengende Tätigkeiten zu minimieren. Wichtig ist in diesem Zusammenhang ebenfalls eine attraktivere Entlohnung.

Energiebedarfe zwischen Flächenkonkurrenzen und Naturschutz

Der Klimawandel und die Energieversorgungssicherheit erfordern den Ausbau von Erneuerbaren Energien, während die Ernährungskrise einen zusätzlichen Druck auf die Fläche ausübt – und damit auch auf die Biodiversität. In diesem bRENNpunkt wurde diskutiert, ob dieser neue Handlungsdruck und die einhergehenden aktuellen gesetzlichen Änderungen für eine klimagerechte Energiesicherheit auch dem Naturschutz gerecht werden. Wie gelingt eine ambitionierte Energiewende, die mit der Natur und der Landwirtschaft im Einklang steht? Der Perspektivwechsel und der Versuch eines Umdenkens standen im Mittelpunkt des Austauschs. Denn gegen diese Ansprüche an die Fläche gibt es mittlerweile viele innovative Ansätze, die zu wenig umgesetzt werden.

Folgende Handlungsbedarfe und Lösungen wurden identifiziert:

1. **Konkrete regionale und dezentralisierte Lösungen fördern:**
 - **Kommunale Handlungsfähigkeit stärker nutzen:** Kommunen sind gefordert, ihre Möglichkeiten zu nutzen und lokale Entscheidungen zu treffen. So können Bürgermeister*innen verstärkt vom bestehenden Recht Gebrauch machen (s. kommunales Satzungsrecht) und Ihre Macht zur Unterstützung der lokalen Umsetzung entsprechend nutzen.
 - **Lokale konkrete Lösungen sichtbar machen,** um beispielsweise das Thema der Energieversorgung greifbar und erlebbar zu machen und dadurch Akzeptanz zu schaffen. Auch die Förderung des Eigeninteresses, der Verantwortungsübernahme und der Motivation zur Beteiligung ist in diesem Zusammenhang zentral.
 - **Informieren, lokale Interessen moderieren und neue lokale Allianzen und Kooperationen anstreben:** Insbesondere zu Zusammenhängen und Wechselwirkungen braucht es transparente Informationen und Dialoge zwischen Beteiligten, um die gegenseitigen und eigenen Interessen klarzustellen. Beispielsweise können moderierte Gespräche zwischen Konsument*innen und Landwirt*innen lokale Allianzen unterstützen.
 - **Finanzielle Aspekte als zentral einstufen:** durch die Unterstützung lokaler Kreisläufe und die Förderung von lokalen Lieferketten entstehen finanzielle Vorteile für die lokale Bevölkerung, welche wiederum die Akzeptanz fördern.
 - **Dezentralisierung:** Stadt/Land-Konflikte können gelöst werden, indem die Energieversorgung und Arbeitsplätze am gleichen Ort zusammengebracht werden. Auch im Bereich Landwirtschaft sollten Energieversorgung und Produktion zusammengedacht und -gebracht werden.
2. **Landwirtschaft nachhaltig umgestalten.** Dazu gibt es vielfältige Hebel: u.a. die Nutzung von Mineraldünger sollte gestoppt werden, um den Konflikt Artenschutz vs. Produktion teilweise zu lösen; ebenso sollte die Nutzung von Importfuttermitteln gestoppt werden, um die Mangelsituation bei der Lebensmittelproduktion erkennbar zu machen und dementsprechend Ressourcen zu schonen und effiziente Richtlinien bei der Verpachtung sollten eingeführt werden. Auch über (steuerliche) Anreize und das Zusammendenken von Produktion und Energieversorgung ließe sich viel bewegen.
3. **Multifunktionalität von Flächen und Flächenpotentiale in den Fokus rücken:** Zusammenhänge und Synergiepotentiale müssen erkannt, diskutiert und Entscheidungen entsprechend gefällt werden. Die Förderung der **Digitalisierung** zur qualitativen Erhebung und zur Zentralisierung von Daten sowie Flächenmanagementtools können hier unterstützen.
4. **Integrierte Ansätze und Lösungen sowie Prioritätensetzung in der Politik und in der Verwaltung finden:** vernetztes Denken und verzahntes Handeln in Ministerien, in agilen Verwaltungsstrukturen, lösen sektorale Impulse auf. Um solche verlinkten Ansätze zu fördern, braucht es gemeinsame ambitionierte Zielsetzungen, die u.a. in einer Nachhaltigkeitsstrategie formuliert sind. Auch Nachhaltigkeits- und Klimachecks auf Bundes- und Landesebene für neue Gesetze sollten eingeführt oder erweitert werden.
5. **Planungsprozesse, Verfahren und Genehmigungen beschleunigen:** Der Krisenmodus muss erkannt werden. Mit Mut, Schnelligkeit und einem „konstruktiven Wir“ in der Umsetzung müssen unter Berücksichtigung der lokalen individuellen Bedarfe Prozesse beschleunigt werden. Ein solches Beispiel können genehmigungsfreie Zonen für die Energiegewinnung („go to areas“) sein.

Gemeinschaftsbasiertes Wirtschaften für mehr Teilhabe und Gerechtigkeit

Solidarische Landwirtschaft, Energiegenossenschaften, Carsharing-Modelle - in immer mehr Sektoren entstehen Organisationen, die durch gemeinschaftsbasierte Geschäftsmodelle getragen werden. Im Vordergrund steht dabei die geteilte Verantwortung von Produzent*innen und Konsument*innen bzw. Mitgliedern, die sich dabei losgelöst vom Markt Kosten und Risiken teilen. Dadurch entstehen resiliente und langlebige Strukturen, die Aspekte von Teilhabe und Gerechtigkeit auf Unternehmensebene ganzheitlich integrieren. Besonders in den Transformationsbereichen Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme sowie Energiewende und Klimaschutz kann die Integration von Anbieter*innen und Mitgliedern einen wesentlichen Erfolgsfaktoren darstellen. Im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung wird die Beziehung zwischen Anbieter*innen und Konsument*innen gestärkt oder oftmals erst wieder neu hergestellt. Zudem werden durch kurze Lieferketten und einen sorgsam Umgang mit Naturressourcen Kreisläufe geschlossen. Auch in einem zukunftsfähigen Energiesystem, das auf erneuerbaren Energien und dezentralen Strukturen basiert, vereinen gemeinschaftsbasierte Geschäftsmodelle Vorteile wie eine Demokratisierung von Erträgen oder effiziente Nutzungsszenarien.

In diesem bRENNpunkt wurden vier Handlungsbedarfe erarbeitet, welche diese erfolversprechende Struktur weiter befähigen kann, sich gesellschaftlich auszubreiten.

Folgende Handlungsbedarfe wurden identifiziert:

1. **Rechtl. Rahmenbedingungen für gemeinschaftsbasiertes Wirtschaften vereinfachen:** Viele Formen des Gemeinschaftsbasierten Wirtschaftens können ihre Strukturen nicht voll entfalten, da es Rechtsformen wie Vereine oder Genossenschaften nicht umfänglich zulassen. Daher braucht es eine Rechtsform, die die Potentiale des solidarischen Wirtschaftens ausschöpft. Mithilfe einer verbesserten Governance-Form für diesen Sektor und damit einer klaren Unterstützung durch Verwaltung und Politik, kann diese Form des Wirtschaftens ihre Strukturen beständig verankern.
2. **„Lots*innen“ zur Unterstützung von gemeinschaftsbasiertem Unternehmertum:** In der bestehenden Gründungsförderung (z.B. Gründungsbüros an Hochschulen oder IHKs) werden Ansätze zum gemeinschaftsbasierten Wirtschaften bisher wenig berücksichtigt. Ein Programm, welches Lots*innen zur Unterstützung des Ehrenamts bzw. Weiterentwicklung oder Gründung ausbildet, würde Klarheit und Innovation in dem Bereich des gemeinschaftsbasierten Wirtschaftens fördern. Durch eine spezifische Beratung sowie Unterstützung bei administrativen Prozessen wird Teilhabe und Gerechtigkeit innerhalb der Bevölkerung effektiv gestärkt.
3. **Anreizsysteme für gesellschaftliche Unternehmensverantwortung schaffen:** Auch finanzielle Mittel können neue Perspektiven schaffen. Anreize finanzieller Art, z.B. in Form von Steuererleichterungen oder Auszeichnungen, können die Nachhaltigkeitsorientierung von Unternehmen stark unterstützen und sollten zielgerichtet ausgebaut bzw. initiiert werden. Gestaltungsräume für finanzielle Rahmenbedingungen und Regulierung liegen bei verschiedenen Akteur*innen wie z.B. Staat, Politik, Banken und Investor*innen.
4. **Die Skalierung und Übertragbarkeit von Ideen/Konzepten ermöglichen:** Viele Ideen und Erfolgsgeschichten des gemeinschaftsbasierten Wirtschaftens schaffen es derzeit nicht aus der Nische. Durch einen größeren Bekanntheitsgrad kann eine breitere Akzeptanz und eine überregionale Verbreitung gestärkt werden. Zusätzlich sollten Forschungsprojekte die Gründung, Organisation und Wirkung von gemeinschaftsbasierten Unternehmen untersuchen, um zielgerichtete Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten zu entwickeln – ein Beispiel ist das Projekt *nascent* der Universität Siegen, welches eine Studie zu solidarischen Landwirtschaften durchführte.

Ressourcenschonung zwischen Regionalität und Globalisierung

Die Transformationsthemen Landwirtschaft/Ernährung und Klimaschutz/Energiewende rufen nach großen, globalen Lösungen. Seit Jahrzehnten wird versucht, auf internationaler Ebene Klimaschutz, Artenvielfalt und Ressourcenschonung zu etablieren. Die Zielkonflikte und die unterschiedlichen Interessen der Stakeholder bremsen jedoch konstant eine Umsteuerung im globalen Kontext aus. Umso bedeutsamer sind deshalb Lösungsansätze auf regionaler Ebene, die in einem überschaubaren Rahmen politische Steuerung ermöglichen und ökonomisch tragfähige Innovationen zur Anwendung verhelfen. Klimaneutrales Stoffstrommanagement, das ressourcenschonende Landwirtschaft mit der Erzeugung erneuerbarer Energien verbindet und Artenvielfalt befördert, kann ein übertragbares Konzept für viele ländliche Regionen werden.

Der bRENNpunkt hat folgende vier Handlungsbedarfe herausgearbeitet, um solche Konzepte zu ermöglichen. Im Mittelpunkt der Diskussion stand der systemische Ansatz einer regionalen Erzeugung von Nahrungsmitteln und Energie unter Beachtung von Artenschutz und Klimaschutz.

Folgende Handlungsbedarfe wurden identifiziert:

1. **Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien als Basis von Change-Prozessen:** Kommunale bzw. regionale Nachhaltigkeitsstrategien, die unter Partizipation aller Stakeholder entwickelt wurden, können als politische und strategische Basis dienen. Denn ein Change-Prozess auf abgestimmter Grundlage befördert Verbindlichkeit und zielgerichtetes Agieren. Dies ist insbesondere bei innovativen Mehrnutzungskonzepten sinnvoll, da hier unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden müssen.
2. **Strategische Planungsprozesse ermöglichen:** Um systemische Änderungen effektiv zu gestalten und strukturell zu verankern, braucht es Planungssicherheit. Entsprechend ist eine langfristige Finanzierung von Change-Prozessen in Verbindung mit angepassten Förderkulissen bzw. staatlichen Haushalten erforderlich.
3. **Sektorenübergreifende Stabsstellen etablieren:** Auf allen staatlichen Ebenen braucht es sektorübergreifende Stabsstellen, um systemische Problemstellungen mit allen Stakeholdern zu bearbeiten. Strategische Ansätze im Kontext nachhaltiger Entwicklung erfordern das Überwinden von Silodenken und fordern Interdisziplinarität, insbesondere auf einer regionalen Handlungsebene.
4. **Stadt-Land-Bezüge erkennen und nutzen:** Bezüge zwischen Stadt und Land müssen wechselseitig erkannt und Synergien gemeinschaftlich genutzt werden. Ländliche Regionen existieren nicht ohne Anbindung an Zentren und umgekehrt. Ökologische, ökonomische und soziale Vernetzungen müssen verdeutlicht werden, um aus Abhängigkeiten Synergien werden zu lassen. Die Produktion und Zur-Verfügung-Stellung von Lebensmitteln und Energie im ländlichen Raum für angrenzende Ballungsräume wird ergänzt durch Arbeitsplatzangebote und kulturelle Dienstleistungen in eben diesen.

Die Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west) ist ein Netzwerk aus Nachhaltigkeitsakteuren in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, das Ende 2016 mit der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zusammen mit drei weiteren regionalen Netzwerken gegründet wurde. Ziel der RENN.west ist es, zum Wissensaustausch anzuregen, gute Lösungsansätze zu verbreiten und die politischen Rahmenbedingungen für eine Nachhaltige Entwicklung Deutschlands weiterzuentwickeln.



Impressum

Herausgeber:

Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West
c/o Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Deutsche Str. 10 • 44339 Dortmund
+49 (231) 936960-0
west@renn-netzwerk.de

V.i.S.d.P.:

Dr. Klaus Reuter
Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Konsortialführung RENN.west
Deutsche Straße 10 • 44339 Dortmund
www.lag21.de

Weitere Informationen:

www.renn-netzwerk.de/west
www.ziele-brauchen-taten.de
@RENNwest

Dortmund, 12/2022

